

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 299/2005
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Entwicklung der Gebührenhaushalte Rettungsdienst und Fleischbeschau

Beratungsfolge	Termin
-----------------------	---------------

Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	16.09.2005
--	------------

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Falls ja:		
Im Haushaltsplan vorgesehen:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Hhst.	Betrag (EUR)
1)	2)	
Investitionskosten/einmalige Ausgaben:	Laufende Kosten jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt: EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter: EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf: EUR

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Der Kreis Warendorf erhebt für den Rettungsdienst Benutzungsgebühren nach § 6 Kommunalabgabengesetz (KAG) und für die Fleischbeschau Verwaltungsgebühren nach § 5 KAG. Die Höhe der Gebühren wird durch eigene Gebührensatzungen geregelt.

1. Rettungsdienst

Die Gebühren für den Rettungsdienst wurden zuletzt durch Satzung vom 14.12.2004 (Beschluss des Kreistages vom 10.12.2004) geändert. Mit der seinerzeit beschlossenen Gebührenerhöhung wurde das Ziel verfolgt, die in den Jahren 2003 und 2004 aufgelaufenen Defizite auszugleichen.

Wie die nachstehende Übersicht zeigt, ist das v.g. Ziel gegen Ende dieses Jahres fast erreicht.

	1999 – 2002 Ergebnis €	2003 Ergebnis €	2004 Ergebnis €	2005 Prognose €
Ergebnis		- 381.164	- 136.389	224.469
kumuliertes Erg.	284.931	- 96.233	- 232.622	- 8.153

Es wird dabei für dieses Jahr mit Benutzungsgebühren i.H.v. 3.600.000 € gerechnet. Diese Prognose unterliegt jedoch noch Unsicherheiten, so dass Abweichungen nach oben wie nach unten möglich sind.

Ursächlich für die positive Prognose ist neben der Anpassung der Gebührentarife ein sich abzeichnender Anstieg bei den Einsätzen des Rettungstransportwagens (RTW). Der voraussichtlich zwischen 5 und 6 % liegende Anstieg übertrifft die Erwartungen bei der letzten Kalkulation (+ 4 %) und kompensiert auch Rückgänge bei den abgerechneten Krankentransportfahrten.

Für das Jahr 2006 ist dann mit dem vollständigen Ausgleich des aufgelaufenen Defizits zu rechnen. Ein darüber hinaus entstehender Überschuss kann in den Jahren 2007 bis 2009 zurückgegeben werden. Je nach Entwicklung von Einsatzzahlen und Kosten wären dazu die Gebührentarife anzupassen.

2. Fleischbeschau

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen nach den Vorschriften des Fleisch- und Geflügelfleischhygienerechts vom 22.12.1999 wurde zwischenzeitlich mehrfach geändert. Die Gebührensätze sind jedoch weitgehend unverändert geblieben.

Im Gegensatz zum Kostendeckungsgebot bei den Benutzungsgebühren besteht bei den Verwaltungsgebühren für die Fleischbeschau ein Kostenüberschreitungsverbot. Der Grad der Kostendeckung (KDG) durch die Gebühren sollte daher immer bei 100 % oder weniger - nicht aber über 100 % liegen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Kostendeckungsgrade von 1999 bis heute.

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
KDG	99,22 %	97,67 %	100,23 %	94,35 %	90,08 %	98,01%	97,10 %

Es zeigt sich, dass die Kostendeckung in den vergangenen Jahren immer über 90 % gelegen hat. Auch für das laufende Jahr ist bei hochgerechneten Einnahmen von 745.000 € (Prognose) ein sehr guter Kostendeckungsgrad von 97,1 % zu erwarten. Ebenso ist für das Jahr 2006 mit Verwaltungsgebühren zu rechnen, die sich im Rahmen der vorstehenden Prozentwerte bewegen. Eine Gebührenveränderung in Bezug auf die Höhe ist somit auch hier nicht notwendig.

Die Schlachtbetriebe im Kreis Warendorf werden durch einen Großbetrieb dominiert, der allein rund zwei Drittel der gesamten Gebühreneinnahmen trägt. Die Prognose der Gebühreneinnahmen ist daher sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung eines einzigen Betriebes abhängig.

Die Kosten- und Ertragssituation für die kostenrechnende Einrichtung „Rettungsdienst“ und für den Verwaltungsbereich „Fleischschau“ als Grundlage der Gebührenfestsetzung und Gebührenüberprüfung ergibt sich aus den beiliegenden Aufstellungen.

1. _____
Amtsleitung
2. _____
Dezernent
3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)
4. _____
Landrat